

Presseinformation

Kiel, den 16.06.2005

Es gilt das gesprochene Wort

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Anke Spoorendonk

TOP 14 Sozial gerechte Reformen: Senkung der Lohnnebenkosten
Drs. 16/114

Wer auch immer die Bundestagswahl im September gewinnt, steht vor einer Herkules-Aufgabe, denn nicht nur die viel zu hohe Arbeitslosigkeit und die maroden öffentlichen Kassen müssen „angepackt“ werden, sondern auch die sozialen Sicherungssysteme. Die rot-grüne Bundesregierung hat zwar dieses Problem erkannt, ehrlicherweise muss man aber auch feststellen, dass die notwendigen Schlüsse aus dieser Erkenntnis nicht wirklich gezogen worden sind.

Die so genannte Agenda 2010, die Bundeskanzler Schröder im März 2003 verkündete, und die ja gerade auch die Probleme der sozialen Sicherungssysteme lösen sollte, ist bestenfalls ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. - Schlimmstenfalls ist sie nur ein Herumdoktern an den Symptomen und keine Heilung des schwer erkrankten Patienten namens „Sozialstaat Deutschland.“ Die aktuelle Lage der sozialen Sicherungssysteme

deutet darauf hin, dass wir heute, zwei Jahre nach dem Start der Agenda 2010, kaum weitergekommen sind.

Die Fakten sind bekannt: "Den Kassen droht neues Milliardenloch" meldete z.B. das Flensburger Tageblatt Anfang der Woche und das, obwohl die Krankenkassen durch die Gesundheitsreform bereits um viele Milliarden Euro auf Kosten der Versicherten entlastet worden sind. Es drohen jetzt sogar weitere Beitragssteigerungen der Krankenkassen, obwohl das Ziel eigentlich eine Senkung der Krankenkassenbeiträge und damit der Lohnnebenkosten war.

Auch die Rentenversicherung ist in großen finanziellen Schwierigkeiten. Der Beitragssatz konnte nur konstant gehalten werden durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und durch Nullrunden für die rund 20 Millionen Rentner. Für das nächste Jahr plant Sozialministerin Schmidt sogar ein Vorziehen der Bezahlung der Rentenbeiträge bei den Unternehmen, um durch diese Einmalzahlung eine Erhöhung des Rentenbeitragssatzes zu verhindern.

Bei der Arbeitslosenversicherung muss Bundesfinanzminister Eichel wegen der Hartz IV-Misere wahrscheinlich bis zu mehrere Milliarden Euro zusätzlich zuschießen. Und auch die Pflegeversicherung ist chronisch unterfinanziert. Das heißt; alle vier Säulen der Sozialsysteme stehen vor großen Herausforderungen und sind im Grunde mit dem jetzigen System nicht mehr finanzierbar.

Das ist keine neue Erkenntnis, denn bereits im Sommer 2003 diskutierte der Schleswig-Holsteinische Landtag den Umbau des Sozialstaates. So hatte auch der SSW einen An-

trag mit dem Titel: „Grundlegender und sozial gerechter Umbau der Sozialsysteme nach skandinavischem Vorbild“ eingebracht. In diesem Antrag, der vom Schleswig-Holsteinischen Landtag mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW verabschiedet wurde, forderten wir eine Erhöhung der Mehrwertsteuer – ausschließlich zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur Entlastung der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Sozialversicherung. In unserem Antrag wurde schon damals kritisiert, dass die Agenda 2010 viel zu kurz greift, weil die versicherungsbasierte Finanzierung der Sozialsysteme nicht in ihrer Grundausrichtung geändert wird.

Auch die damalige Landesregierung mit Finanzminister Stegner an der Spitze griff im letzten Jahr dieses Thema mit ihrem 10-Punkte-Programm zu einer Steuerreform auf. - Wobei es aber leider so ist, dass es auch innerhalb des rot-grünen Lagers keine Einigkeit über diesen Weg gibt.

Auch in der Großen Koalition in Schleswig-Holstein ist man sich nicht einig. Während Wirtschaftsminister Austermann öffentlich gegen eine Mehrwertsteuererhöhung kämpft, scheinen Innenminister Stegner und auch Finanzminister Wiegard eher positiv zu sein. - Der Innenminister hat ja sogar eine Bundesratsinitiative der Landesregierung angekündigt. Nun warten wir alle gespannt darauf zu erfahren, ob die gesamte Landesregierung hinter dieser Forderung steht.

Auf Bundesebene ist nunmehr deutlich geworden, dass weder CDU/CSU noch FDP bisher überzeugende Konzepte zum Umbau der Sozialsysteme haben. Das hat die öffentliche Debatte in den letzten Tagen und das Durcheinander der Meinungen in der Union deutlich gezeigt. Auch die Union weiß nicht auf welchem Bein sie stehen soll. Aber eines

dürfte klar sein: Ein weiterer einseitiger, perspektivloser Sozialabbau - quasi in Verlängerung einer neuen Agenda 2010 jetzt nur „Agenda Arbeit“ genannt - wird von der Mehrheit der Bevölkerung kaum akzeptiert werden. Die Menschen wollen zwar Reformen, aber sie müssen als gerecht empfunden werden.

Wir begrüßen daher, dass die Grünen einen wichtigen Teilaspekt der Reformen der Sozialen Sicherungssystem aufgegriffen haben und in ihrem Antrag eine Senkung der Lohnnebenkosten und eine Erhöhung der Mehrwertsteuer fordern. Die Zielsetzung des Grünen-Antrages beschreibt einen Weg, wie man ihn in Deutschland gehen könnte.

Der SSW unterstützt also die Zielsetzung des Antrages. Wir wollen einen finanziell handlungsfähigen Staat und ein solidarisches Konzept für eine alternde Arbeitsgesellschaft und ihre Sozialsysteme. Dabei orientieren wir uns nicht von ungefähr an der Entwicklung in den skandinavischen Ländern. Wir wollen einen grundlegenden Umbau des Sozialstaates mit einer steuerfinanzierten sozialen Sicherung wie in Skandinavien. Dieses Modell zeichnet sich ja gerade durch relativ hohen Sozialleistungen, hohe Mehrwertsteuer, niedrige Lohnnebenkosten und eine geringe Arbeitslosenquote aus.

Natürlich kann man das erfolgreiche Sozialstaatsmodell in den skandinavischen Ländern nicht einfach auf Deutschland übertragen - und auch zwischen Dänemark, Schweden oder Norwegen gibt es ja zum Teil erhebliche Unterschiede. Aber die Grundidee, dass der Faktor Arbeit nicht allein für die soziale Sicherung aufkommt, sondern dass man viel stärker den Konsum zur Finanzierung des Sozialstaates heranzieht, gilt für alle diese Länder. Der SSW unterstützt also eine Senkung der Lohnnebenkosten durch die schrittweise Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wichtig ist, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer

nicht zur Haushaltsanierung genutzt werden darf. Sie könnte die öffentlichen Finanzen dennoch positiv beeinflussen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung – DIW – hat im Frühjahr diesen Jahres eine sehr aufschlussreiche Analyse zu diesem Thema präsentiert. Das DIW hat Berechnungen darüber vorgelegt, welche Auswirkungen so eine Initiative haben würde - für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft. Bei einem schrittweisen Vorgehen über mehrere Jahre könnten über eine halbe Million neuer Arbeitsplätze entstehen, und gleichzeitig würde die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen stark verbessert werden.

Denn durch die Senkung der Lohnnebenkosten sinken die Lohnstückkosten und damit die Kosten für den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit. Dazu gehört auch, dass das DIW vorschlägt, die Beitragssätze für Arbeitgeber und Arbeitnehmer symmetrisch zu senken, damit die Akzeptanz der Umgestaltung erhöht wird. Entgegen der üblichen Auffassung wird auch unterstrichen, dass bei einer Mehrwertsteuererhöhung die Arbeitnehmerhaushalte durch diese Umfinanzierung keineswegs im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen stärker belastet werden.

Unter Einrechnung der Preis senkenden Wirkungen der Lohnstückkosten zeigt sich für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und Rentner sogar eine absolute und relative Verbesserung ihrer Einkommen. Das DIW weist aber auch darauf hin, dass der Staat die Reform nicht für eine Konsolidierung seines Haushalts „missbrauchen“ darf. Aber bei einer ausgewogenen Kombination von Mehrwertsteuererhöhung und aufkommensneutraler Senkung der Beitragssätze der Arbeitnehmer und Arbeitgeber um rund 50 Mrd.

€ kann man das Beschäftigungsniveau in Deutschland dauerhaft um eine halbe Millionen Personen anheben. Und dabei handelt es sich überwiegend um Vollzeitarbeitsplätze. Natürlich sind dies Modellberechnungen, aber die Erfahrungen aus Ländern, wo man eine höhere Mehrwertsteuer und niedrigere Lohnnebenkosten hat, z.B. in Großbritannien, deuten darauf hin, dass sie richtig sind. Deutschland liegt mit seiner Mehrwertsteuer von 16% am untersten Ende der Skala in der EU. Die durchschnittliche Mehrwertsteuer liegt in den Ländern der Europäischen Union bei etwa 20%. Hier ist also ein großer Spielraum, die der Staat nutzen sollte - unter der Voraussetzung natürlich, dass diese Mehrwertsteuererhöhungen in dem eben skizzierten Gesamtkonzept in mehreren Jahren umgesetzt werden.

Natürlich muss dieser Umbau auch von Strukturreformen innerhalb der Sicherungssysteme flankiert werden, wie es auch im Antrag der Grünen steht. Denn allein durch die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft ergeben sich weitere Anforderungen an die verschiedenen Sozialkassen. Aus diesem Grund wird auch das Modell einer Bürgerversicherung weiterhin aktuell bleiben, um ein gerechtes und angemessenes Sozialsystem zu erhalten.

Zum Schluss noch ein Wort insbesondere an die Adresse der FDP: Man kann nicht immer „haltet den Dieb“ schreien, wenn gar kein Dieb da ist. Ein aufkommensneutraler Umbau des Sozialsystems, wie wir ihn heute in dieser Debatte angesprochen haben, mag isoliert gesehen zu Steuererhöhungen führen, aber entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ist nicht die Steuerquote, sondern die Sozial- und Steuerquote. Und diese Quote würde durch so einen Umbau nicht geändert werden.

Hören Sie deshalb damit auf, immer das Gespenst der Steuererhöhung an die Wand zu malen. Im Übrigen sind die direkten Steuern in Deutschland in den letzten fünf Jahren um 50 Mrd. € gesenkt worden, und das Ergebnis für die Wachstums- und Arbeitslosenzahlen war gleich Null. Es kommt also nicht auf „herunter gebetete“ Steuersenkungsmodelle an, sondern auf intelligente Lösungen, die dazu führen, dass der Sozialstaat im Kern erhalten bleibt. Am Ende wird das auch die Bevölkerung so sehen, und deshalb müssen alle Parteien im kommenden Wahlkampf klare Konzepte zur Zukunft unseres Sozialstaates präsentieren.